

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstausgabe: Tageblatt Riesa.  
Seiten 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachnummer: Dresden 1539  
Gärtnerstraße Riesa Nr. 52.

N 252.

Sonnabend, 27. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflistung, für die Zeit vom 27. 10. bis 2. 11. 1923, ebenso wie ein Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Standardpreis für bis 89 mm breite, 3 mm hohe Gründschrift-Zeile (6 Silben) 120 Pf.; die 89 mm breite Postkarte 400 Pf.; zeitungsbundes und nobelischer Satz 50 Pf., Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Sollpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen verhältnismäßig mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenklassenzahl, festen Tarife. Sonderblätter haben erlaubt, wenn der Vertrag vorläuft, durch Klage eingezogen werden müssen oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Abdruck- und Fertigungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsabteilung "Grübler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebsinstitutions — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittmar, Riesa. Schlüsselzahl: 18 Millionen.**

## Die Minister im besetzten Gebiete.

Der von dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten und ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hoffmann dirigierte Wahl der Pfalz von Bayern und nach französischen Plänen auch vom Reich ist einstweilen zum Stehen gekommen. Kurzfristige Parteiverständlichkeit, die über dem inneren Lager das große Ganze außer Acht ließ, war nahe daran, die schöne Pfalz den Franzosen in die Hände zu spielen. Hoffmann wollte seinem Nachfolger Fahr einen Streich spielen und setzte dabei in die Hände der Franzosen, die ihm weiter schoben als er ursprünglich zu geben gedachte.

Erfreulicherweise scheiterte der saubere Plan an der deutschen Treue gescheitert. Es ist leicht möglich, daß nunmehr General De Metz nach dem Vorbilde Tirard's und Degoutte's begleitete Banden gegen die einheimische Bevölkerung ausstießen und die pfälzische Republik gegen den Willen der Pfälzer proklamieren läßt. — Aber durch die Vorgänge der letzten Tage ist für die ganze Welt klar bewiesen, daß die Pfalz ebenso wie Rhein- und Ruhrgebiet treu zum Reich steht und alle Absonderungspläne auf die französischen Machenschaften zurückzufallen, die der englische Ministerpräsident Waldeck in seiner gebrüderlichen Rede auf dem konserватiven Parteitag zu Plymouth mit Recht als Vertragsbruch kennzeichnet. Ein Gutes aber hat der sonst so bebauerliche politische Seitenprung des Herrn Hoffmann und seiner Genossen gehabt: In Bayern ist eine Ernüchterung eingetreten, die den Weg zur Verständigung mit dem Reich freimacht. In der bayerischen Regierung und der bayerischen Volkspartei hat man mit Schrecken eingesehen, daß der vom Generalstaatskommissar Dr. v. Rath unternommene Vorstoß gegen das Reich den französischen Abtrennungsbüßen am Rheine in die Hände arbeitet und nicht der Reichseinheit, sondern der Reichszerstörung dient. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in der Rede, die er am Donnerstag eben nach der Besprechung mit den Vertretern des Rheinlands in Hagen gehalten hat, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Verständnis zwischen Bayern und dem Reich sein Ende finden möge. Und zugleich betont, daß in dem Kampfe um die Erhaltung der deutschen Pfalz die deutsche Reichsregierung Seite an Seite mit Bayern steht. Unter dem Schuh französischer Gewalt können solche Dinge wie in der Pfalz nicht gemacht werden. Da müßten die Wege gegangen werden, die die Verfassung wisse. Mit erfreulicher Klärheit und Schärfe hat der Reichskanzler in seiner Rede auch die hinterhältige vertragsschädliche Haltung der Franzosen und Belgier gegenüber den Separatisten im Rheinlande gekennzeichnet. Die Ausdehnung einer fremden Bevölkerung gegen ihre eigene Regierung, die Beleidigung verächtlicher Städte mit Geld und ihre Entfernung zu Führern der Bewegung, die Bewaffnung von Aufständen und die Entwaffnung der ordnungsgemäßen Polizei, sind so schwere Verbrechen nicht nur gegen den Versailler Vertrag, sondern auch gegen das ungefährliche Menschenrecht der Völker, das nur die Freiheit der Regierung Europas und Amerikas und die völlige Abstumfung des Gewissens derartiger Attentate gegen Menschenrecht und Staatsordnung möglich machen. Die Duldung dieses verbrecherischen Vorgehens beweist, wie recht Baldwin hatte, als er in Plymouth behauptete, die europäische Regierungen befänden sich in steuerlosen Flugzeugen und pläten drohlich Aussicht, wo sie mit einziger Sicherheit landen könnten. Nur schade, daß das angeblich richtig gesehene englische Flugzeug zwar den rechten Weg wußt, sich aber drohlich hätte, den Kurs nach ihm zu richten. Mit Recht sagte Stresemann, daß der ganze Karnevalspolitischer Separatismus im Rheinlande von der Bevölkerung in 14 Stunden beendet würde, wenn nicht die Franzosen und Belgier dahinter ständen. Franchet trug die Schuld an der inneren, politischen wie wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands, an der Hungersnot, der Erwerbslosigkeit, der maßlosen Teuerung und dem Verfall der Währung. Wenn es uns noch überliefert zumutet, die französische Regie an den deutschen Reichseisenbahnen anzuerufen, und noch überdies weitere wichtige Eisenbahnlinien, so Frankfurt-Tarntstadt und die einzige Linie nach Holland zu verwenden, so ist die deutsche Widerstand gegen die unterdrückten Lebewesen selbstverständlich. Einmal muß, so betonte der Reichskanzler mit Recht, die Zeit vorüber sein, wo man glaubt, daß man mit Deutschland auf dem Wege der Diktate weitervorschreiten kann. Deutschland mag zu schwach sein, sich zu wehren; man könne es vergewaltigen, aber man könnte es nicht zerstören, seine Unterwerfung unter diese Vergewaltigung zu legen. Die Kanzlersrede bedeutet die öffentliche Bestiegung des Bruches mit Frankreich, die in den vorhergehenden Beisprechungen mit den Vertretern des Rheinlandes ausdrücklich bedingt worden war. Boinards wie nur in den nächsten Wochen sehen, wie weit er mit der bloßen Gewaltpolitik kommt und ob das übrige Europa dem Morde von hunderttausend von Arbeitern, denen die Arbeit durch die französische Politik vorwehet wird, zufrieden ist. Aus der Rede Baldwins in Plymouth möchte man fast den Eindruck schöpfen, als ob es mit der englischen Geduld nun doch zu Ende gehe. Freilich haben Hoffnungen auf englische Hilfe zu oft betrogen. Aber nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, daß

angelsächsischen Mächte sich, wie es schaut, in der Hauptfrage endlich geeint haben, so wird auch Poincarés letzten Startrunnen den tatsächlichen Machtverhältnissen anpassen müssen.

## Baldwins Mahnruf.

Die Kurve der französisch-englischen Beziehungen scheint sich wieder einmal einen Gipfel zu nach unten zu entwindeln. Die immer wieder gemachte Erfahrung, daß dem Westen ein Wellenberg neuer "Déraillement" zu folgen pflegt, beweist Deutschland wesentlich vor einer allzu optimistischen Aussicht der Lage. Die auf der Reichstagskonferenz in London mehr oder weniger stark zum Ausdruck gestommene Unzufriedenheit mit der englischen Politik des Impotens hat den leitenden Staatsmann veranlaßt, auf dem konserватiven Parteitag erneut die Politik Poincarés, seine Methoden und seine Erfolge, stark zu kritisieren. Es ist für die auch in konservativen Kreisen breitende Stimmung bezeichnend, daß gerade die Neuberwendungen, die in besonderer Form die unabdingbare Lösung notwendig ist des Reparationsproblems forderten, den stärksten Beifall fanden. Die unmittelbar im ersten Ton an Poincaré gerichtete Mahnung, nicht einmal oder zweimal sondern noch öfter die Antwort auf die englische Unregierung zu überdenken, Amerika zu einer Reparationskonferenz einzuladen, dürfte Herrn Poincaré zum mindesten den Namen Ernst der gezwängtischen Lage vergewandt haben. Die beschämende Tatsache, daß den in der englischen Note vom 11. August enthaltenen Warnungen an Frankreichs Adresse keine Taten folgten und, nachdem der englische Ministerpräsident nachdrücklich damit zu beschönigen, daß man in London gescheitert habe, Frankreich werde nach Aufgabe des passiven Widerstandes, dessen beschleunigte Liquidation England ja befremdlicher Weise Deutschland angesehen hat, zu Verhandlungen geneigt sein. Bedeutamt, wenn auch nicht neu, sind die Forderungen Englands hinsichtlich der Neuordnung des deutschen Finanzseins und die Erklärungen, daß eine Verleihung Deutschlands und die Loslösung von Teilstaaten England nicht gleichgültig sein können, da diese Ereignisse den Friedensvertrag in Brüche stellen. Die Entscheidung liegt, da Frankreich ja durch die offene Unterstützung der separatistischen Bewegung und durch die kroatische Ablehnung irgendwelcher Verhandlungen über die Wiederbelebung des Wirtschaftsfeldes in den besetzten Gebieten seinen Standpunkt mit aller Deutlichkeit umrissen hat, bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch der deutsche Reichskanzler hat mit erfreulicher Deutlichkeit zu verstellen gegeben, daß die Reichsregierung sich von unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich nichts mehr verspricht. Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten wird davon abhängen, inwieweit das amerikanische Großkapital auf französische Seite an dem Subunternehmen interessiert ist. Sollte das, entsprechend verschiedenartigen Meldungen aus jüngster Zeit, der Fall sein, so wird man alle Hoffnung begraben müssen.

## Neue Vorstöße der Sonderbündler.

(1) Koblenz. Nach einer Meldung aus Koblenz beschäftigen sich die Sonderbündler unter Führung von Matthes am Donnerstag abends gegen 10 Uhr des Schlosses der Stadt. Wie der Rechtschaffene des "Echo de Paris" meldet, ist dieser Gewaltstreich von einer etwa 1400 Mann starken Truppe ins Werk gesetzt worden, bei dem es zu grohem Blutvergießen gekommen ist. Dem Rechtschaffenen des Pariser Blattes zufolge, erklärte Matthes u. a.: Wir haben uns einer Kriegslist bedient, unsere Truppen waren lediglich mit Gummiknüppeln bewaffnet. Männer werden wir uns an die blaue Polizei wenden, die mit uns die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fischen soll. Sollte die Polizei sich zu dieser Zusammenarbeit nicht verkehren, so werden wir sie entwaffnen. Wir wollen unsere Macht in friedlicher Weise begründen, wie werden uns aber verteidigen, wenn man uns dazu zwingen sollte, denn unser Blut ist bereits in Düsseldorf durch die Schuld der Kölner Regierung verschüttet. Der interalliierte Rheinlandekommission haben wir heute einen Brief überreicht, in dem wir sie erläutern, unsere Macht deshalb anzuerkennen. Wir hoffen, daß die französische Presse auf unseren guten Willen hinweist und im übrigen daraufhin arbeiten wird, zwischen beiden Völkern eine Zusammenarbeit zu begründen.

### Französische Hilfe — Anerkennung der Separatisten.

(2) Koblenz. Der französische Oberbefehlshaber der Rheinlandekommission Tirard hat von Paris die Weisung erhalten, die Separatistbewegung als gefährlich anzusehen. Eine entsprechende Declarantie der Rheinlandekommission sei zu erwarten. Tatsächlich tritt jetzt auch die Hilfe der Franzosen offensichtlich zu Tage, die den Sonderbündlern in die Gedade wortlos sie vertrieben wurden, wieder Eintritt verschaffen. So wurden die Separatisten mit Hilfe der Panzerette in Trier, Aachen, Bonn und Mainz und unter Vertriebung und Entwaffnung der deutschen Polizei wieder eingesetzt. Sie töhlen und morden mit Waffen und Munition, die sie von den Mächten der Besetzung erhalten. Man will den Sonderbündlern dadurch zur Autorität verhelfen und die deutschen Behörden unterdrücken.

### Der Belagerungszustand in Aachen verlängert.

(3) Aachen. Der Belagerungszustand ist hier um zwei Tage bis 9. Oktober verlängert worden. Die Zeitungen wurden heute von der Pressekommission der vorläufigen Regierung zu einer Beisprechung im Regierungsbüro geladen, leisteten der Aufrufung aber keine Folge.

### Die Aachener Zeitungen erscheinen nicht.

(4) Aachen. Die Aachener Zeitungen veröffentlichten folgende Erklärung: Da unter den neuordnungsobwalteten

den Verhältnissen die objektive Berichterstattung der Presse und ihre freie Meinungsäußerung unmöglich gemacht ist, fehlen die Aachener Zeitungen veranlaßt, ihr Erscheinen bis auf weiteres einzustellen. Sie tun dies unter scharfstem Protest gegen den Versuch angeblich freier Rheinländer, die geistlich garantierter Freiheit der rheinischen Presse aufzuspielen.

### Die öffentlichen Gebäude in Trier besetzt.

Die "Saarbrücker Landeszeitung" meldet aus Trier von Donnerstag abend 9 Uhr: Sämtliche öffentlichen Gebäude sind in der Hand der Sonderbündler. Die städtischen Behörden erheben, daß Rathaus ist deshalb von den Sonderbündlern geräumt worden. Sämtliche führende der politischen Parteien sind ausgewiesen worden. Sicher fanden Gegenangriffe der Bevölkerung statt, die aber durch Spann verhindert wurden. Diese ritten in die Menge hinein. Die Sonderbündler haben von den Beamten weder eine schriftliche noch eine mündliche Erklärung verlangt. In Trier erhebt nur der unter Vorzeichen stehende Trierer "Volksfreund", der als offizielles Organ der "Republik" Trier dessen gefährliche Nachrichten zu bringen hat und keinerlei andere Meldungen veröffentlicht hat.

### Neue Gewaltmaßnahmen der Franzosen.

(1) Höchst am Main. Der stellvertretende Bürgermeister Schäffer, der bereits vor einigen Monaten von den Franzosen in Untersuchungshaft genommen worden war und dann wieder freigelassen wurde, wurde gestern nachmittag ganz blödlich ausgewiesen. Damit verlor Höchst den letzten belohnten Beigeordneten.

Der französische Kreisdelegierte ordnete an, daß sämtliche Geldtransporte von dem unbefreiten in das besetzte Gebiet, die nicht einen von ihm ausgestellten belohnten Geleitschein besitzen, der Beschlagnahme verfallen. Diese Bestimmung gilt nicht für Geldtransporte vom besetzten in das unbefreite Gebiet.

### Teuerungskrawalle im Nürzergebiet.

Meldungen aus Barmen infolge ist es gestern wieder an verschiedenen Orten des Nürzergebietes zu Teuerungskrawallen gekommen. Die Polizei mußte mehrfach einschreiten. Ein besonders schwerer Zusammenstoß ereignete sich in Effer. Die Polizei wurde von der Menge angegriffen und mit Steinen beworfen. Ein mit Polizeibeamten besetzter Straßenbahnhof wurde umgeworfen. Mehrere Straßenbahngäste wurden angehalten und als Barricade benutzt. Die Polizei mußte von der Schuhhaft Gebrauch machen. Es soll 5 Tote und 16 Verwundete geben haben. Nach einer anderen Quelle soll die Zahl der Toten sogar 7 und die der Verwundeten 30 betragen.

(2) Düsseldorf. In den frühen Nachmittagsstunden kam es gestern hier zu Flugschreitungen, die größeren Umlauf angewunken drohten. Die Polizei konnte in kurzer Zeit die Straßen läufen. Ein unbeteiligter Mann wurde dabei getötet. Im Stadtteil Oberkassel kam es zu Blutungen.

(3) Gelsenkirchen. Seit Mittwoch haben in fast allen Stadtteilen Plünderungen in einem derartigen Umfang eingesetzt, daß die Lebensmittelversorgung der nächsten Zeit das Schlimmste zu befürchten ist. Die Polizei ist überall eingewilligt, wo sie nur konnte, und hat in den meisten Fällen noch rechtzeitig eingreifen können, daß der größte Teil der Waren in den meistens Gewohnheiten gereiht werden konnte. Besonders waren die Bahnhöfe, wo Kartoffeln angekommen waren, und Fabrikarbeiter, auf denen Kartoffeln befördert wurden, das Ziel der Plünderer. An vielen Stellen konnte die Polizei die Menge mit der blauen Waffe aneinandertrreiben, auch Schreckschüsse wurden abgefeuert. Besonders schwierig gestaltete sich die Säuberung der Bahnhöfe von den Plünderern. Ein großer Teil des geplünderten Gutes konnte den Plünderern abgenommen und den Eigentümern wieder zugesetzt werden. Etwa 40 Personen wurden festgenommen. Am Donnerstag verließ der Wurmang zunächst ruhig. Gegen 6 Uhr legten die Plünderungen im verstärkten Maße in der Bahnhofstrasse ein. Die anrückende Polizei wurde von der Seitenstraße her beschossen und mußte von der Schuhwaffe Gebrauch machen, dabei sollen ein Mann getötet und mehrere verletzt worden sein. Die Plünderer wiederholten im Laufe des Abends ihre Angriffe gegen Lebensmittelgeschäfte noch mehrere Male, wobei die Polizei von der Sieb- und Schuhwaffe Gebrauch machen mußte. Bis 8 Uhr wurden in den Brandenbuden ein Toter, ein Schwerverletzter und sieben

### Erhöhung der Eisenbahntarife ab Montag.

Von Montag, den 29. Oktober ab werden die Schlüsseltarife für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 6 Milliarden, im Güterverkehr 12 Milliarden betragen.

### All unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser wiederholst, daß Bezugsgeld von 9 Milliarden Mark rechtzeitig (ab heute) bereit zu halten, damit unserer Zeitungsbüro das Geschäft des Entlassierens erleichtert wird. Die Leser, die heute (1. Tag der neuen Bezugswoche) die Zeitung entgegennehmen, befinden, wie wir in unserer gestrigen Notiz mitteilten, ihr Einverständnis mit der Weiterleitung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugesetzte Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises später vorliegenden Zeitungsbüro zurückgeben. Berlin des Riesaer Tageblatts".

## **Das Wiedereinsetzen von Militärwaffen und Munition verboten.**

**Eine Verordnung des Reichswehrministers.**

Der Herr Reichswehrminister hat folgende Verordnung erlassen. Verordnung! Auf Grund der Verordnung des Herren Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 wird verboten: Militärische Kampfausrüstungen, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen auszubauen, herzustellen, sowie an Personen, die nicht zum Besitz solcher Gegenstände berechtigt sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Ueberlassen zu vermitteLEN, oder sich zum Gewerbe zu erheben und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Täter sich im Besitz dieser Gegenstände befindet. Dieses Verbot findet keine Anwendung auf die auf Grund des Friedensvertrages durch die S. M. R. R. zugelassenen Personen für ihre Lieferungen an solche amtlichen Stellen, die nach den geltenden Bestimmungen ihre Organe mit diesen Gegenständen versehen dulden. Zuüberhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Herren Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 bestraft. Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntigung in Kraft.

Berlin, 20. Oktober 1923.

Der Reichswehrminister, ges. Dr. Gehler.

### **Die Truppenbewegung in Sachsen.**

Das Wehrkreismando teilt mit: Von den Truppen des Generals Helm sind die bisher in Pirna liegenden Teile nach Dippoldiswalde, die in Freital liegenden Truppen in die Gegend Weissen, und Dresden Teile nach Cöglitz bei Pirna verlegt worden. Die in Freiberg liegenden Truppen und die Kavallerie sind in die Gegend Brand-Erbisdorf verhoben worden. Kavallerie wurde nach Döhlitz verlegt, wo in den letzten Tagen auf den umliegenden Dörfern und Gütern schwere Feldbahnstähle und Erpressungen vorgekommen sind. Die Truppen des Generals von Ledebur haben die Gegend Kohren-Woitzsch-Roßlitz-Geringswalde erreicht, die des Obersten Höhnebach Auerbach.

Plauen. Zur Sicherung der hier befindlichen Reichswehrtruppen war eine kleine Abteilung bei Auerbach verblieben und in einer Scheune untergebracht worden. Dort wurde die Truppe von einer kleinen Anzahl Personen bestohlen und mit Steinen beworfen. Als die Soldaten aus der Scheune herauskamen, wurden sie mit Pistolenkugeln empfangen, worauf sie das Heuer erwiderten. Drei Personen wurden verhaftet. Verletzt wurde niemand.

### **Protestkrieg in Freital.**

In verschiedenen höchigen Fabriken sind die Belegschaften zum Protest gegen die Ausweichenheit der Reichswehr in den Streik getreten. So kreisen seit Donnerstag die Arbeiter der Hartmannwerke, der Friedrich-Augusthütte, der Stahlhütte, der Glasfabrik Siemens und des Kreisfahrer Kraftwerk. Die Versorgung mit Licht und Kraft ist jedoch nicht gefährdet, da Notstandarbeiten ausgetüftelt werden.

### **Regierungskommissar Hause verhaftet.**

Der Regierungskommissar im Polizeipräsidium Hause ist auf Anordnung des Wehrkreiskommandos 4 in Haft genommen worden.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung: „Der Regierungskommissar im Polizeipräsidium Hause ist auf Anordnung des Wehrkreiskommandos 4 in Haft genommen worden. Die bürgerliche Presse erfährt darüber von gut unterrichteter Seite, daß Hause im Verdachte steht, eine von Wehrkreiskommando beabsichtigte Waffenbeschaffung durch vorherige Warnung der Waffenbesitzer unmöglich gemacht zu haben. Diese Angabe ist nicht vollständig. Das Wehrkreiskommando hat den Regierungskommissar Hause, den Polizeihauptmann Reißel und den Chausseur Witten zwei unter dem Vorzeichen verhaftet lassen, daß Hause und Reißel in einem von Witten zwei gelenkten Auto nach dem Ertie, wo die Waffenbeschaffung stattgefunden sollte, gefahren seien und die gesuchten Maßnahmen verraten hätten. Diese Beschuldigung gegen Hause und Reißel ist indes unrichtig. Die angeblich Autofahrt nach jenem Ertie hat nicht stattgefunden. Das Wehrkreiskommando ist durch eine Denunziation aus ununterlaßbarer Quelle irrgewählt worden. Das Wehrkreiskommando hat aber die Haftnahme Hause in erster Linie wegen Handlungen angespornt, die Regierungskommissar Hause im Auftrag seiner vorgesetzten Dienststörde vorgenommen hat. Die sächsische Regierung hat durch den Oberregierungsrat Günther bereits beim Wehrkreiskommando dagegen protestiert, daß ein Beamter wegen einer ihm von seiner rechtmäßigen Dienstbehörde befehligen Handlung verfolgt wird. Der Vertreter des Wehrkreiskommandos, Hauptmann Olbrich, gab auf diese Beschwerde dem Oberregierungsrat Günther zur Antwort, daß andere nichts daran, daß der Betreffende in Haft stehe. Die Haft wird in sehr strenger Weise gehandhabt. Jede Unterredung mit den Haftierten ist verweigert worden. Vor die Tür ihrer Zelle im Polizeipräsidium ist ein Reichswehrdoppelstock mit Stahlhelm und aufge-

spanntem Kettengewehr gestellt worden. — Der Verbund Sächsischer Polizeibeamter hat gegen die Verhaftung der so genannten Beamten Protest erhoben und deren sofortige Freilassung gefordert. — Wie verlautet ist die Freilassung der Verhafteten bereits gestern abend erfolgt?

### **Reichswehrministerium und Dr. Seizner.**

Das Reichswehrministerium wandte sich gegen die Verhöhung des Ministerpräsidenten Dr. Seizner im Landtag, daß ihm von Berlin zunächst mitgeteilt wurde, daß die Verlegung nichtsländlicher Reichswehr nach Sachsen werde erfolgen, um die sächsische Presse gegen Sachsen zu schaden. Eine derartige Erklärung sei von der Reichsregierung niemals abgesprochen worden. Gegenüber dieser Erklärung des Reichswehrministeriums betont die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei, daß die Behauptung des Ministerpräsidenten Seizner auf eine Mitteilung des sächsischen Gesandten Grabmayer stütze, die dieser im Auftrage des Reichsministers des Innern mache.

### **Die Strafanträge gegen die Rüttiner Buchdrucker.**

Hannover. In der gestrigen Vormittagssitzung legte zunächst Landgerichtsdirektor Dr. Hense in einem allgemeinen politischen Überblick dar, daß das Unternehmen in Rüttin nur ein Teil eines großkaligen hochverratlichen Gesamtkontinents gewesen sei. Darauf erging Staatsanwaltschaftsrecht Dr. Herrmann das Wort zur Verhandlung der öffentlichen Anklage. Er bildete in eingehenden Ausführungen das vorliegende Hauptverhandlung und stellte folgende Strafanträge: 1. gegen Buchrufer, Major a. D. unter Verlogung mildernder Umstände lebenslängliche Haftungshaft, dauernder Verlust des Rechts zur Verleihung öffentlicher Ehren, gänzlicher und dauernder Verlust des Arbeitseinkommens. Unschädlichkeit zum Trogen der Offiziersuniform; 2. gegen Major a. D. Herzler unter Jubiläum mildernder Umstände 12 Jahre Haftungshaft und alles übrige wie bei Buchrufer, und zwar Buchrufer und Herzler wegen Hochverrats. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte er wegen Beihilfe zum Hochverrat folgende Strafen: gegen Hahn und Bliese je 5 Jahre, gegen Voigtje 4 Jahre 5 Monate, Stobbe 4 Jahre 3 Monate, Körte 3 Jahre 3 Monate, Reichel 3 Jahre 3 Monate, Dabrowski, Kühn und Burchardt je 3 Jahre Haftungshaft. Gegen sämtliche Angeklagten wurden ferner angemessene Geldstrafen und volle Rechnung der Untersuchungshaft beansprucht. — Darauf begannen die Plaidonier der Verteidiger.

### **Ruhe in Hamburg.**

In Hamburg ist die Ruhe wieder hergestellt. Es steht immer mehr fest, daß dem Putz ein wohlwollender Testester, gut organisierter Plan zu Grunde lag und daß den Polizeibeamten in den ausgehobenen Schuhgründen und hinter den Barracks nicht etwa junge Burschen gegenüstanden, sondern kampfesfertige Männer in den 30er bis 40er Jahren und zwar, wie sich nach der Verhaftung zahlreicher Aufklärs ergeben hat, von auswürtigen, vielfach aus Sachsen herangereisten Männern, die vorsichtiger Weise keine Ausweispapiere bei sich trugen, sich aber durch ihren Dialekt als Niederschläger erwiesen.

Die bei den Straßenkämpfen gefallenen Schuhpolizisten sollen in einem gemeinsamen Grab auf Staats Kosten feierlich beigesetzt werden. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf Seiten der Aufklärs steht noch nicht fest. Es wird aber mit über 100 Toten gerechnet. Man nimmt an, daß die Aufständischen die Toten in einzelnen Fällen an Ort und Stelle verscharrten.

Nach einer Meldung der S. M. am Mittag hat der Landrat von Pinneberg gestern früh polizeiliche Hilfe angefordert, da kommunistische Truppen, die ancheinend aus Hamburg und Stormarn geflüchtet sind, im Kreis Pinneberg auftauchen.

## **Tagesgeschichte.**

Deutschland

Das Reichskabinett zur sächsischen Frage. Das Reichskabinett, das gestern nachmittag eine Sitzung abhielt, ist den Blättern zufolge in der neuem Abendstunde nochmals zu einer Beratung zusammengetreten, um sich hauptsächlich mit der sächsischen Frage zu beschäftigen. Wie das Blatt weiter mitteilt, ist gestern auch die Lage in Sachsen Gegenstand von Verhandlungen des Kabinetts gewesen. — Der sächsische Bildungsminister Mauer hat sich gestern abend wieder nach Dresden zurückgezogen.

Wiederannahme der Verhandlungen im Naherreich. Wie wir erfahren, sind gestern die Vertreter des Naherreichs mit den französischen Behörden erneut zu Verhandlungen zusammengetreten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob eine Stilllegung der Werke im Naherreich erfolgen muß, was zu einer sichtbaren Ar-

mäg. Ich wünschte, daß Sterns Prophezeiung sich erfüllt und ich mich in dieses Mädchen verliebe. Natürlich tut sie mir leid, sie sieht elend und heruntergekommen aus, aber —“ Dies bedeutungsvolle „aber“ schloß seine Betrachtungen ab, und er war wieder ganz bei der Sache, als Doktor Grüning in heiterem Ton bemerkte:

„Sie, die Schwierigkeiten lassen sich leicht überwinden, nennen Sie doch wie alle drei hier zusammen sind und einen vernünftigen Ton reden können. Sie haben doch verstanden, Fräulein Karberg, daß Herr Martens die Heirat als eine rein geschäftliche Sache angesehen wünscht? Daß, sobald Sie nach dem Gesetz miteinander verbunden sind, er sich nach Nord-Urika begibt, während Sie Ihr Heim in dem Haus ausschlagen, das Herr Küstner Ihnen beiden gemeinschaftlich vermacht hat? Das alles ist Ihnen ganz klar?“

„Vollständig klar,“ versetzte Angela und hestete die Augen so aufmerksam auf den abgetretenen Teppich, als ob ihr Leben davon abhänge, das ausgedehnte Muster ihrem Gedächtnis einzuspielen.

„Herr Martens schlägt ferner vor,“ fuhr der Notar fort, daß Ihre Hälfte des Geldes für Sie angelegt wird und die Zinsen Ihnen zum alleinigen Gebrauch zugewiesen werden. Sie würden auf Schloss Hammerstein von seinem Menschen belästigt werden, und es würde sich in Ihrer Lage überhaupt nichts ändern, als daß Sie über reiche Mittel verfügen, einen Touring am Finger und einen andern Namen tragen würden. Sie könnten Ihr Leben ganz so einrichten, wie es Ihnen gefiele.“

„Sie meinen, in meiner Lage würde sich nichts ändern,“ sagte Angela leise, „ich meine, es würde sich alles ändern. Ich würde reich sein anstatt arm, unabhängig anstatt wie eine Dienstmagd zu arbeiten, und ich würde ein eigenes Heim haben. Alles wäre ganz, ganz anders, es wäre wie im Märchen, aber —“ sie brach plötzlich ab und sah mit schluchzenden Blicken zu Erich auf.

„Über?“ wiederholte der junge Mann, den ihre grenzenlose Verlegenheit rührte und dessen ritterliche Instinkte ihn dazu veranlaßten, ihr herauszuholen. „Wir möchten Ihnen alles so leicht wie möglich machen. Warum schlossen Sie Ihren Satz mit „aber“?“

„Oh, gerade deshalb, gerade weil Sie mir alles so leicht machen.“ kündigte sie heraus. „Sie wollen mir alle

versprochenen und zu den vornehmen Konsequenzen zuwenden würden. Die Entscheidung und Verantwortung liegt also bei Frankreich.

Amerikanischer Weizen nach Deutschland. Eine Gruppe Betriebsbehörder in Washington unterbreitete dem Präsidenten Coolidge einen Plan über Verlauf von 80 Millionen Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen, andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Betriebsbehörder befürworteten, daß der Kauf dieser 80 Millionen Bushels durch Wechsel geleistet, die von der Kriegsfinanz-Corporation ausgeholt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vernehmen nach bringt Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Das Völkerbundsekretariat in Genf veröffentlicht eine ausführliche Denkschrift über die Gesamtlage von 40 Staaten mit einer Zusammenfassung über die deutschen Reparationsverpflichtungen und die bereits von Deutschland ausgeführten Zahlungen auf Grund der Ausschreibungen der Reparationskommission.

Verhandlung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus haben am 26. und 27. Oktober eine Konferenz im Reichsarbeitersministerium über die bestrebten Streitpunkte verhandelt. Nach vermittelndem Eingreifen des Reichsarbeitersministeriums konnte für die striktigen Lohnfortsetzung und den Abbruch des Streiks teils durch Scheitern des Streiks durch Vereinbarung eine Regelung getroffen werden. Die beteiligten Gewerkschaften werden in ihren Bezirkverbänden die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen. Der Lohn in diesem Bergrevier beträgt in der Woche vom 22. bis 27. Oktober für den Durchschnitt der Gewerkschaften einschließlich der sozialen Leistungen je Schicht etwa 20 Milliarden Mark.

Konferenz christlichorganisierter Metallarbeiter-Gewerkschaftsführer. Von 28. bis 29. Oktober tagte in Stuttgart eine Konferenz christlichorganisierter Metallarbeiter-Gewerkschaftsführer. Vertreten waren Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, die Schweiz, Österreich und Ungarn. Die Konferenz besaß sich eingehend mit der Lage des arbeitenden Volkes in den verschiedenen Ländern. Neben den deutschen Vertretern wiesen besonders jene aus den neutralen Ländern auf die katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in ganz Europa hin, indem sie betonten, daß der Einfall in das Nahgebiet ganz Europa zum Verhängnis werde.

Ausbuchung des Eisenbahnerkreises in Polen. Die Blätter melden, daß der Eisenbahnerkreis sich aufzulösen und besonders in Polen größeren Umfang annimmt. Nach weiteren Blättermeldungen ist in der Textilindustrie des Naherreichs der Generalstreik erklungen.

Die Internationale Rollenkonzern in Genf genehmigte gestern Artikel 10 des Untertrages, der Transportvereinbarungen für Nutzwaren und Handlungsbefreiende vorstellt. Dadurch sollen soziale Nutzwaren, gegen die kein Einfuhrverbot vorliegt, provisorisch Rollenfreiheit genießen gegen Stellung einer Kavüre für den Fall, daß sie nicht in das Importland zurückverdient werden. Für Handlungsbefreiende ist eine besondere Legitimation vorgesehen.

Die Vorstufen der deutschnationalen Bandenverbände traten gestern in Berlin an einer Versammlung zusammen.

Belgien für Abschaltung der deutschen Reaktionsfähigkeit. Nach einer Meldung aus Brüssel hat sich die belgische Regierung auf eine Anfrage für die Einberufung eines von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigen ausgeschossen und nicht für eine internationale Konferenz, unabhängig von dieser Kommission entschlossen.

### **Spanien.**

Verhaftung früherer Bürgermeister. In Madrid, so wie in ganz Spanien, wurden zahlreiche frühere Bürgermeister, Stadträte und städtische Aufsichtsbeamte verhaftet, die im Verdachte ungetreuer Verwaltung stehen. Ein höherer städtischer Beamter in Madrid beging Selbstmord.

## **Deutschland und Sachsen.**

Maria, den 27. Oktober 1923.

— Nur noch morgen liegen die Wahlen aus. Die diesjährigen Gemeindevertretungswahlen sind von ganz besonderer Bedeutung für die Städte, da die neue Gemeindeverfassung beinahe Jahr durchgreifende Änderungen der bisherigen Verhältnisse mit sich bringt. Daher darf kein Wähler am 18. November fehlen. Denn ist erste Voraussetzung die Aufnahme in die Wählerliste. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen, über 20 Jahre alten Deutschen, die nicht aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen sind. Eine besondere Verpflichtung, die Wählerlisten einzutragen, haben diejenigen Personen, die bei der letzten Wahl nicht wählen konnten, weil ihre Namen in der Wählerliste nicht verzeichnet standen. Sie haben sich von ihrem Eintrag zu vergewissern, damit sie

Vorteile zuschieben, und das ist — das ist ungerecht. Sie müssen doch ebensoviel von der Erbschaft haben wie ich, und wenn ich Schloss Hammerstein bewohne, dann sind Sie doch daraus verbannt.“

Aber darum dürfen Sie sich keine Sorge machen,“ erwiderte Erich lachend, „denn ich habe nicht die Absicht, dort zu wohnen. Ich würde mich sowieso nicht dort aufhalten, ich würde auch wirklich nichts, was mich dazu veranlassen könnte.“

Bei diesen Worten durchzuckte es Angela schmerzlich, ohne daß sie sich klar darüber war, warum, und ihr waren so unangenehmes Gesichtchen wurde wieder traurig. Aber Erich schaute nicht darauf und fuhr lustig fort:

„Ich habe mich nie gern auf dem Lande aufgehalten, ich bin das Städteleben zu sehr gewöhnt, und wenn ich meines Onkels einziger Erbe wäre, so würde ich das Schloß voraussichtlich verkaufen. Da es uns aber gemeinschaftlich gehört, so halte ich es für viel vorteilhafter, wenn Sie es bewohnen. Sie verwalten dann meinen Teil für mich mit, das ist entschieden besser, als wenn ich ihn fremden Händen überlassen müßte. Und glauben Sie ja nicht, daß Sie alle Vorteile haben. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, das Bewußtsein, genügend Geldmittel zu haben, um meiner Niedhaberei, Entdeckungsreisen zu unternehmen, schönen zu können, entschädigt mich für vieles und zieht mich ganz mit dem Testament meines Onkels aus.“

Die Worte wurden so einfach und so offenbar ohne jedes Hintergedanken gesprochen, daß Angela sich nicht beleidigt fühlen konnte, wenn sie auch innerlich lächeln mußte, während der Justizrat ärgerlich die Stirn runzelte und bei sich dachte: „Rein, drückt sich der junge Mensch ungeschickt aus!“

„Ja, ja,“ sagte sie dann rasch, „Sie haben einer ungefähr so viel Vorteile wie der andere, und keiner wird bevorzugt. Sie brauchen Geld, und Fräulein Karberg fehlt sich nach einem Heim. Wenn Sie nun die Bedingungen des Testaments erfüllen, so verhelfen Sie sich gegenseitig zu dem, was Sie am nötigsten brauchen. Wenn ich Ihnen also einen Rat geben darf, so meine ich, es wäre am besten, wenn die Trauung möglichst bald stattfinden, damit das Geld geteilt werden und Fräulein Karberg Ihren Wohnsitz auf Schloss Hammerstein aufzusuchen kann.“

## **Angelas Heirat.**

Roman von L. G. Möller.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich glaube bestimmt,“ sagte Erich mit einem Lächeln, das sein Gesicht außerordentlich verschönerte, „daß Fräulein Karberg und ich zu einem Verhältnis kommen werden. Ich erkenne wohl das Schwierige und Peinliche unserer Lage, aber ich glaube, daß wir mit ein wenig gutem Willen die Schwierigkeiten überwinden können.“

Bei diesen Worten sah er das Mädchen einen Augenblick an, und es ist vielleicht begreiflich, daß die Vorzüglichkeit, die der Justizrat an ihr gerühmt hatte, Erich nicht sofort in die Augen sprangen. Angela hatte heute einen sehr ungünstigen Tag, die vielen Aufrüttungen und Tränen der letzten Tage hatten nicht gerade zur Erhöhung ihrer Schönheit beigetragen. Und da sie sich dessen bewußt war, machte sie versagen und raubte ihr die kindliche Unschuld, die sonst ihren Hauptreiz bildete.

Die Angela, die Erich Martens vor sich sah, war ein schmales, spärliches Geschöpf in einem unmodernen, schlechtjüngenden Kleid, das ihr nicht ein böhmisches Aussehen gab. Der junge Mann wußte natürlich nicht, daß das Gewand von einer billigen Hausschneiderin gemacht und aus einem Stoff hergestellt war, den Frau Diehl einmal wegen der aufgelösten Geschmacklosigkeit des Musters bei einem Ausverkauf sehr billig erstanden und in einer seltenen Anwandlung von Großmut ihrer Erzieherin geschenkt hatte. Dieses ungemein schreckliche Kleidungsstück raubte Angela alle Unschuld, und seine Farbe ließ ihren blassen Teint noch blasser erscheinen. Dazu hatte sie dunkle Ringe um die Augen, die sie zehn Jahre älter aussehen machten, und trug einen alten Hut, der wohl einmal Frau Diehl gehörte haben möchte und ihr gar nicht zu Gesicht stand. Alles in allem genommen, sah Angela Karberg heute sehr unvorteilhaft aus. Man hätte sie eher für dreißig als für zwanzig gebalten, und es war wirklich gar nichts an ihrer Erscheinung, was die Bewunderung eines jungen Mannes hätte herausfordern können.

„Es ist gut,“ dachte Erich Martens, „daß unsere Abmachung eine rein geschäftliche sein soll, und ein wahres Glück, daß ich vorgeschlagen habe, sofort nach der Trauung — wenn Sie überhaupt stimmt — abzureisen. Es ist wirklich

am Wahltag ihre Stimme abgeben können. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

\* \* \* **Vaduz aufsläge zur Grundrente.** Im heutigen amtlichen Teil werden die Vaduzaufsläge zur Grundrente nach dem Reichsmietengesetz bekannt gegeben, worauf an dieser Stelle besonders hingewiesen sei.

\* \* \* **Spende.** Unlänglich des 40. Stiftungstages des M. G. B. "Gärtnerkranz" erbrachten drei Extra-Lantouren 300 266 000 M., welche zur Verpflegung vieler armer Kinder im Städte-Krankenhaus Verwendung finden sollen. Der Betrag ist dem Rate der Stadt überwiesen und von diesem in Goldanleihe (5 Goldmark) verbindlich angelegt worden.

\* \* \* **Gründung der Gewerkschaften unter Aufsicht.** Die wochentlichen Unterhaltungsabrechnungen der Gewerkschaften betragen im unbedeutenden Deutschland für die Zeit vom 22. bis 27. Oktober d. J. in Ortsklasse A in Millarden Mark: Für Männer über 21 Jahre 10,5, unter 21 Jahren 6,5; für Frauen über 21 Jahre 8,4, unter 21 Jahren 4,9, der Familiensatztag für Ehegatten 8,0, für jedes Kind aber jeden sonstigen unterhaltungsberechtigten Angehörigen 8,1. In Ortsklasse B sind die Sätze für die gleichen Gruppen 9,8, 5,9, 7,8, 4,6, 3,6, 2,9; in Ortsklassen D und E 8,4, 5,1, 3,6, 4,8, 2,6. — **Familienaufsläge** werden bis zum Höchstbetrag des Doppelten der Hauptunterhaltungssätze gewährt.

\* \* \* **Wichtig für Weinhandler und Gastronome.** In der Verordnung des Reichspräsidenten über Steueraufwertung und Vereinsabgabe im Besteuerungsverfahren vom 11. Oktober 1923 wird betreffs der Weinsteuer folgendes bestimmt: Bis Tag der Entstehung der Steuerschuld gilt bei der Weinsteuer der letzte Tag des Monats, höchstens der in diesem Monat steuerpflichtig gewordenen Weinmengen. Die Schonfrist beträgt eine Woche. Wird also die Weinsteuer bis zum 7. jeden Monats bezahlt, so findet eine Aufwertung nicht statt, sondern er hat nur den erreichbaren Papiermarkbetrag zu zahlen. Wählt er dagegen bis zum 7. nicht, so wird der gesuchte Papiermarkbetrag nach dem am Tage der Entstehung der Schuld geltenden Goldmarkausgleichssatz in Goldmark umgerechnet.

\* \* \* **Bugverkehr am 31. Oktober und 9. November.** Da das Reformationsfest am 31. Oktober und der 9. November (Revolutionstag) im Sachsen als gesetzliche Feiertage festgelegt sind, wird an diesen Tagen der Personenaufverkehr wie an Sonntagen durchgeführt.

\* \* \* **Die Handelskammer Dresden.** Ist in der Bage von Anfang nächster Woche ein werthaltiges Postgelb auf Grundlage der Goldanleihe auszugeben. Es sollen Scheine über 10 und 50 Goldmarken und 1 und 2 Goldmark ausgegeben werden. Die Erwerbung des werthaltigen Geldes, welches vom Reichsminister der Finanzen ausgestellt ist, kann nur gegen Goldanleihe erfolgen. Niemand, der Bedarf an baratigem Notgeld haben, werden gebeten, sich mit der Handelskammer, Albrechtstraße 4, Borsigwerke 25 007, in Verbindung zu setzen. Weitere Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

\* \* \* **Ein Besuch der BSPD-Funktionäre.** Die Funktionäre und Betriebsvertreterseite von Groß-Dresden nahmen am Donnerstagabend eine Versammlung an, in der es heißt: Die Funktionsversammlung von Groß-Dresden fordert, daß der Kampf der deutschen Arbeiterschaft zur Hilfeleistung gegen die Diktatur in Sachsen und die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche sofort aufgenommen wird. Anstatt einer Befreiung der Nachgiebigkeit und der Koalition mit den bürgerlichen Parteien hat die Partei eine Politik des proletarischen Kampfes zu treiben. Einzelaktionen im Bezirk führen nicht zum Erfolg. Die Dresdner Arbeiterschaft hat daher trotz aller Schwere der Provokationen in geschlossener Kampfschaft zu stehen. Maßgebend für die Aktionen der Dresdner Genossen ist der Ruf ihrer Parteileitung.

\* \* \* **Der Streit im Braunkohlengebiete.** Im Halleischen Bezirk, im Senftenberger, Zettner und Bornaer Revier stehen sämtliche Gruben still. Auch in der Riederlausitz sind die Bergarbeiter nicht zur Schicht erschienen.

\* \* \* **Eine Fassmeldung.** Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: "Ein sächsisches Blatt lädt sich am 28. Oktober aus Dresden melden. Ministerpräsident Dr. Seigner habe dem Reichswehrbeauftragten Müller, mitgeteilt, daß er seinen Einfluß gegen die Entwaffnungsdienste in Sachsen ausüben werde. Er erwarte aber, daß die gleiche Maßnahme auch in den anderen und besonders süddeutschen Staaten durchgeführt würde, der Konflikt zwischen Sachsen und dem Reiche stehe damit vor der Entspannung. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Ministerpräsident hat seit einer Woche mit dem Wehrkreiscommandeur überhaupt nicht mündlich noch schriftlich verkehrt."

\* \* \* **Einrichtung eines Frostwarnungsdienstes.** In einer Zeit, in der alle auf Erhaltung der wirtschaftlichen Werte bedacht sein müssen, ist es Pflicht, Lebensmitteltransporte nur dann zu befördern, wenn die Witterungsbedingungen vorliegen. Die sächsische Landeswetterwarte wird zu diesem Zwecke einen Frostwarnungsdienst einrichten, wie er bereits seit einem Jahre an der Wetterberichtsstelle Frankfurt a. M. besteht, wo sich im vorigen Winter etwa 100 Koststellen befinden. Der Beginn erfolgt auf Grund eines schriftlichen Antrages an die Landeswetterwarte. Art und Form der Warnung kann den verschiedensten Bedürfnissen angepaßt werden. Die Kosten gehen zu Lasten des Empfängers der Warnung.

\* \* \* **Eine Straßenbahnhinfahrt in Dresden 2½ Milliarden Mark.** Der zurzeit 500 Millionen Mark betragende Grundfahrpreis der Dresdner städtischen Straßenbahn wird von Sonntag, den 28. d. J. bis ab auf 1½ Milliarde Mark, von Mittwoch, den 31. d. J. bis auf 2½ Milliarden Mark erhöht.

\* \* \* **Oelsa.** Der sogenannte Große Matszwinger soll durch Gewerkschaften abgebrochen werden. Ein Teil der offenen Kolonien an der Stadtmauer soll als Laube erhalten bleiben und vor ihm ein Kinderpielplatz eingerichtet werden.

\* \* \* **Dresden.** In der Erkenntnis der Tatsache, daß in der gegenwärtigen lurchbaren Lage des Vaterlandes die gemeinschaftliche Mitarbeit aller auf dem Boden der Verfassung lebenden Parteien und Bevölkerungsschichten das dringende Gebot der Stunde ist, haben sich die verlassungsstreuen Parteien der bürgerlichen Witte, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum mit den auf dem Boden stehenden Kreisen der Bevölkerung zu einer Gemeinschaftsstütze für die bewegenden Stadtentwickelungen zusammengeflossen.

\* \* \* **Freiberg.** Das biegsame Schwurgericht verurteilte den Wirtschaftsgehilfen Wildauer, der am 1. April seine Geliebte auf Gablerger Flur gewalzt und die Befreiungsliste dann in den Teich gestoßen hatte, wegen Totschlags zu 10 Jahren Haftstrafe.

\* \* \* **Freiberg.** Im Laufe des Donnerstag-Nachmittags fanden an verschiedenen Stellen der Stadt wiederum Ansammlungen statt, die von der Reichswehr gerichtet wurden. Dabei ist es nicht zu Schwierigkeiten gekommen. Auf dem Platz versuchten junge Burschen einen der Kaiserlichen Wagen mit Lebensmitteln zu überfallen. Die militärische Bedeckung des Wagens gab mittels Waffen zwei Schreckschüsse ab, worauf die Angreifer ihre Abfahrt aufnahmen.

\* \* \* **Glauchau.** Den biesigen Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinrentnern und Rentenlosen wird eine dringliche erste Hilfe geleistet werden. Sie soll den notwendigen Markt-

nissen und den Bettländen an Roggen- und Weizenmehl haben die Bäckermeister eine Brotspende für Glauchauer Notleidende gezeichnet, die das erfreuliche Ergebnis von 1600 Pfund Brot ergeben hat, was nach dem heutigen Preise einen Wert von 650 Milliarden Mark darstellt. Die Brotspende ist dem Wohlfahrtsamt überwiesen worden. In einer Verhandlung zwischen der Stadt, den Industrievertretern und den Vertretern der Gewerkschaften einigte man sich darin, daß die Glauchauer Industrie unverzüglich 1,2 Billionen Mark als einmalige Beihilfe ohne Rückzahlung zur Verfügung stellt. Diese Beihilfen sind noch am selben Nachmittag ausgezahlt worden.

\* \* \* **Glauchau.** Die Mitglieder des Detailistenvereins haben beschlossen, einen Betrag von 8 Millionen Mark in bar und in Waren für die Notgemeinschaft abzuführen. Von einem Ausländer gingen 150 Milliarden ein.

#### Sächsische Regierung und Arbeitserlassungsvorordnung.

Vom Arbeitsministerium wird geschrieben: Die Sächsische Regierung hält auch gegenüber den Auslastungen in der Kreise über die Mediobündigkeit der Arbeitserlassungsvorordnung vom 8. d. J. an ihrer Aussicht fest, daß diese Verordnung auch nach Erlass der Reichsverordnung vom 18. d. J. zu Kraft besteht. Dies gilt auch gegenüber dem die gegenteilige Ansicht vertretenden Telegramm des Reichsministeriums an den Zentralausschuß Leipziger Arbeitgeberverbände, wie das nachfolgende Schreiben zeigt: Dresden, den 23. Oktober 1923. In einer Bresseneths versucht der Verband Sächsischer Industrieller klarzustellen, daß trotz Darlegung der Reichsausstattung der sächsischen Regierung in der Sächsischen Staatszeitung vom 17. Oktober 1923, Nr. 243, S. 4, die Verordnung des Sächsischen Gesamtministeriums zur Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben vom 8. Oktober 23 durch die Verordnung des Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministers vom 18. Oktober 23 aufgehoben ist. Das Sächsische Arbeitsministerium macht den Verband Sächsischer Industrieller darauf aufmerksam, daß die Sächsische Regierung ihre Rechtsauffassung auch bereits der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht hat und ihren Standpunkt nachdrücklich zu wahren will. Für die Durchführung der Verordnung wird bei der mahllos steigenden Arbeitslosigkeit im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Lande mit aller Stärke gefordert werden. Das Sächsische Arbeitsministerium sieht sich zu dieser Mitteilung veranlaßt, um die Arbeitgeberchaft vor dem Nachstellen einer Nichtbeachtung der Verordnung zu bewahren. Aus gleichem Grunde wird der Verband auch gebeten, seinen Mitgliedern Kenntnis von diesem Schreiben, das gleichzeitig der Presse gegeben wird, zu geben. Im übrigen wird das Sächsische Arbeitsministerium auf die Frage der Rechts Gültigkeit der Verordnung bei gleichbleibender Sachlage nicht weiter eingehen. Falls durch künftige Pressenotizen die Unsicherheit über die Anwendung der Verordnung vom 8. Oktober 23 vermehrt werden sollte, muß die Verantwortung dafür ausdrücklich den Einsenden überlassen werden. Arbeitsministerium, ges. Graupe."

#### Zur Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

Von Oberregierungsrat Dr. Schröder.

Am 1. November 1923 tritt die Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 18. Oktober 1923 (RGBl. I, S. 946) in Kraft. Die Verordnung bedarf selbstverständlich zu ihrer vollen Durchführung noch eingehender Ausführungsvochrichten des Reiches und der Länder, die demnächst und rechtzeitig erscheinen werden. Unerwartet derselben muß sich aber die Dessenlichkeit und müssen sich besonders die mit der Durchführung betrauten Organe schon jetzt auf die Verordnung einstellen.

Zwei Grundsätze hat sie vor allem zu entnehmen. Der eine betrifft darin daß die Tragung der gesamten Fürsorgelasten durch öffentliche Mittel infolge der Finanzlage der Gemeinden, der Länder und des Reiches finanziell künftig unmöglich ist und daß diese Lasten so sehr wie möglich vermindert werden müssen, der andere aber darin, daß die Erwerbslosen nicht benachteiligt werden dürfen und vor allem die Zahlung der Unterstützung nicht stören darf.

Im Verfolg des ersten Grundsatzes ist bestimmt, daß vom 1. November 1923 ab Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge zu entrichten haben. Diese Beiträge werden voraussichtlich für Sachsen einheitlich auf 20 Prozent des Krankenkassenbeitrages — und zwar für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte — festgesetzt werden und müssen von den Krankenkassen gleichzeitig mit ihren Beiträgen, die auf die Zeit vom 1. November ab entfallen, eingezahlt werden. Früher, als die Kostenbeiträge häufig sind, können also auch die Aufschüsse für die Erwerbslosenfürsorge nicht verlangt werden, ebenso wenig aber kann ihre Zahlung weiter hinausgeschoben werden. An welche Gemeinde oder Bezirkskasse die Krankenkassen die vereinabten Beiträge abzuführen haben, wird nach Erlass der Ausführungsbestimmungen ihnen mitgeteilt werden. Selbstverständlich werden Beiträge nur für Personen erhoben, die nach der Reichsversicherungsordnung pflichtversichert sind, daher zwar für Kurzarbeiter, nicht aber für Erwerbslose, die nach § 12a ff. der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge versteckt sind. Zur Verminderung der Kosten ist bestimmt, daß mit dem 1. November 1923 die Kaufarbeiter, soweit sie bisher die besondere Fürsorge des Fabrikarbeitergeleis § 91 genossen, in die allgemeine Erwerbslosenfürsorge überführt werden und daß die — von vornherein zeitliche, wenn auch damals bis Ende des Jahres begrenzte — Krankenversicherung für Kurzarbeiter aufhört. Dem Grundsache, daß Zahlungsforderungen vermieden werden, dient die Befreiung der Auszahlung bei den Stellen, die sie bisher handhabten. Es ist weiter vorbereitet, daß für die ersten zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung Reich und Länder nicht nur den Teil der Kosten, der späterhin durch Aufschüsse der Gemeinden und die von den Krankenkassen abgelieferten Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gedeckt werden müssen, sondern für die Gesamtaufwendungen an Unterstützungen beihilfeschließlich sind. Von der dritten Woche an besteht ebenfalls eine Vorleistungspflicht des Reiches und der Länder, jedoch nur in dem höheren Umfang, d. h. hinsichtlich des Kostenanteils, der nicht durch Beiträge oder Gemeindeaufschüsse aufzubringen ist. Was fülltig materiell an Fürsorgeleistungen zu gewähren ist, überläßt die Verordnung vom 18. Oktober 1923 den noch nicht erörterten Ausführungsbestimmungen des Reiches. Zur Verminderung von Beunruhigungen kann aber schon jetzt gesagt werden, daß in dieser Beziehung von Einzelheiten abgesehen, alles bleibt wie, wie bisher. Der Kreis der fürsorgeberechtigten bleibt unverändert, so daß also auch nicht gegen Krankheit pflichtversicherte Personen Unterstützung erhalten können. Es bleiben die in § 6 der Reichsverordnung vorgesehnen Vorankündigungen des Unterstützungsbedarfs bestehen, ebenso die Rechte und Pflichten des § 8 der selben Verordnung. Auch die wöchentliche Bekanntmachung der Unterstützungsabrechnung durch den Reichsarbeitsminister mit ihrer Ausfällung an Tenerung und Geldsendung wird künftig erfolgen, und es bleibt die Möglichkeit der Unterstellung von Kurzarbeitern, wenn auch hier Veränderungen der Unterstützungsrechnung und damit Veränderungen der höheren Begrenzung der Unterstützungen zu erwarten sind.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 27. Oktober 1923.

##### Die Reichsregierung gegen Recht.

\* \* \* Lin. Am hinteren Nachstunde erklärt die rechtsregierung eine offizielle Verlautbarung, in der sie sich mit aller Stärke gegen die Erklärung von Recht wendet, wonach er mit der jetzigen Reichsregierung niemals verbündeln würde. Diese Erklärung wird querkt als ein höchst belangloses bezeichnet, da die Vertretung Bayerns nicht in seinen Händen ruhe, sondern in den Händen der bayerischen Staatsregierung liege. Zum Schluß erklärt die Mittelung des Reichsministers das Verhalten Rechts für eine Unzumutung, die mit aller Stärke zurückgewiesen werden müsse.

##### Die Streikbewegung in Bremen.

\* \* \* Bremen. Während die Arbeit in der Weser-AG. und den Hansa-loyd-Werken wieder aufgenommen werden ist, folgen die Hafenarbeiter weiter der kommunistischen Streikparole und verharren im Streik. In einer gestern abgehaltenen Hafenarbeiterversammlung wurde der Beschluss gefaßt, den Streik weiter zu führen, obwohl die Gewerkschaften und die USPD. sich gegen den Streik ausgesprochen hatten.

##### Gleißendes Protest der Nürnberger Bevölkerung.

\* \* \* Nürnberg. Von der Nürnberger Bevölkerung wird eine Erklärung veröffentlicht, in der auf die gegen den Willen der Bevölkerung von einer Gruppe Radikaler, wissenschaftlicher Gelehrten mit Unterstützung der sozialdemokratischen Republik eingetragene wird. In der Erklärung heißt es u. a.: Die erstaunliche Mehrheit der gesamten Bevölkerung der alten deutschen Reichsstadt, alle Reichs-, Staats- und Gemeindewerden, alle politischen Parteien, die in dieser Frage rechts einig sind, alle Konfessionen und Weltanschauungen, die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, vor allem die Arbeiter- und Beamtenchaft aller Richtungen, sowie die Vereinigten Freiwilligenvereine der Stadt erheben gegen diese ungeheure Vergewaltigung vor dem Forum der gesamten Welt flammenden Protest. Woge das Weltgewissen, daß oft in den letzten Jahren gegen Deutschland aufgetreten worden ist, jetzt auch endlich einmal dem bedrohten und vergewaltigten deutschen Volksteil am deutshofen allen Stroms Gebär verleihen! Die Nürnberger treudeutsche Bevölkerung rückt diesen energischen Protest insbesondere auch auf den Völkerbund, der doch diejenige Intensität ist, die in erster Linie dazu berufen und eigens dazu geschaffen ist, die Vergewaltigungen von Soldaten und Soldaten abzuwenden. Die berufenen Vertreter Nürnbergs wenden sich aus, aber nicht zum weigern auch an alle Würde, die an der Befreiung teilnehmen oder teilgenommen haben und die immer wieder betonen, daß sie u. a. auch zum friedlichen Schutz der Bevölkerung da seien, und fordern, ihr in diesem Fall wirklamen Schutz gegen Terror und Vergewaltigung nicht zu versagen oder ihr doch wenigstens durch wirkliche Neutralität die Möglichkeit zu geben, selbst verfassungsmäßige Rückläufe wieder herzustellen. Woge dieserflammende Appell des Nürnberger Volkes, das keinen anderen Wunsch hegt, als im Frieden mit aller Welt den bornenroten Vaterlandes zu geben, nicht ungebührlich verhallen!

##### Coolidge bespricht sich mit Cuno und Lloyd George.

\* \* \* New York. Vor der Veröffentlichung des Curzon'schen Telegramms erläuterte der Staatssekretär Cuno dem deutschen Geschäftsträger Dieckhoff den Sinn des englisch-amerikanischen Briefschreibs und drückte seine Beifriedigung aus über den Appell des Reichsanglers Stresemann an die Nationen. Vorher hatte der Präsident Coolidge eine Unterredung mit dem früheren Reichskanzler Dr. Cuno, in der er seinen Wunsch nach einer Einberufung eines Sachverständigenkörpers zur Untersuchung des französisch-deutschen Konflikts betonte.

\* \* \* New York. Zu dem am Sonntag zu Ehren Lloyd Georges veranstalteten Bankett haben auch der deutsche Geschäftsträger Dieckhoff und Dr. Wiesfeld, der am Freitag in New York eingetroffen ist, eine Einladung erhalten. Die amerikanische Presse huldigt eine englisch-amerikanische Rettungskoalition für Deutschland an, wenn Frankreich seine Expresspolitik verfolge.

##### Mit 80 Mann Besatzung untergegangen?

\* \* \* New York. Der amerikanische Dampfer "Westmoreland" ist, so fürchtet man, an der nordamerikanischen Küste vor Delware, wo er noch drahtlos um Hilfe rief, mit 80 Mann Besatzung untergegangen.

##### Kunst und Wissenschaft.

Von der Leipziger Universität. Der nichtplanierte außerordentliche Professor an der Universität Leipzig Dr. phil. Georg Jaffe ist vom 1. November d. J. zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Mathematik an der physikalischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Zum Mitglied des Denkmalsrates im Landeskantoor Denkmalspiele ist der Direktor der Gemäldegalerie Dr. Polke in Dresden gewählt worden. Das Ministerium ist diese Wahl bestätigt.

##### Turnen, Sport und Spiel.

Das bedeutendste Fußballturnier am Sonntag. Trotz der heute fast unerträglichen Unruhen, gute Fußballmannschaften von bejubelten können nach der Provinz zu verpflichten und dem höchsten Sportpublikum erstaunliche Spieldienste zu bieten, hat der kleinste Sport-Verein wie folgt an: Schuhardt; Möller, Blaha; Sitte, Müllrich; Junke; Giebler, Gerber, Müller, Knopp, Thonfeld. Der Rehsauhren hat bereits erfolgte. In der 1a-Mannschaft des V. B. Leipzig gewinnt und Müller von Gute Nutz Dresden verhältnis seiner Mannschaft zu vielen Erfolgen. Das Amt des Schiedsrichters liegt in den bewährten Händen des Herrn Scheinig, Leipzig. Vor diesem Spiele liefert der Ausenmelker gegen die äußerst spielfeste Ausenmelker von Gute Nutz, Dresden, ein Gesellschaftsspiel. Die 2. Mannschaft hat morgens die 1. Elf von Lommel nach Ostende. — Die 3. Mannschaft hat die 2. Elf von Lommel gegen die 2. Jugend gegen Lommel. — Auswärts wollen: Die Reserve in Olsberg und trägt dort gegen den erstklassigen S. V. das fällige Rückspiel aus. Hier müssen die Olsberger eine schwere Niederlage einstecken. Eig.

Die Hochmannschaft des Rieser Sportvereins führt Sonntag nach Leipzig, um das fällige Rückspiel gegen den Akademischen Sportclub auszutragen. Die spielfähigen Leipziger müssen seinerzeit in Wien mit 4:3 den Sieg den höchsten lassen und werden alles versuchen, die Niederlage wieder wettzumachen.

**JACOBI 1880**  
Alter Weinbrand

## **Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes.**

Unter Beweis auf die gegenwärtige Zahlungsmittelknappheit wird von unterrichteter Seite noch mitgeteilt, daß bereits heute Sonnabend zum ersten Male wertbeständiges Geld in den Verkehr gelangen wird. Die Reichsbankabteilung und die Schatzamtungsabteilung der Reichsbank wurden mit der Ausgabe der wertbeständigen Zahlungsmittel in Form von Goldanleihenbriefen beauftragt. Auch sollen sämtliche Groß-Banken mit Goldanleihenbriefen versorgt werden, so daß am Sonnabend bereits die Ausgabe an das Publikum vorgenommen werden kann. Der Betrag der zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel erreicht die Höhe von 100 000 Dollar oder nach dem Dollar umgerechnet etwa 6500 Billionen Mark Papiergeld. Damit das breite Publikum sich auch tatsächlich möglichst rasch in den Besitz des wertbeständigen Geldes setzen kann, sollen in erster Linie die kleinen und kleinsten Städte ausgetragen werden, und zwar Stück zu 1, 1/2, 2, und 500 Dollar.

Das schlimmste Problem bildet gegenwärtig die Auszahlung der Beamtengehälter für November. Die November Gehälter der Beamten erreichen die Höhe von 1,5 Trillion Mark. Im Augenblick bietet sich kein Ausweg dafür, wie man diese Aufgabe bewältigen kann. Der Vertreter des Reichsbankdirektoriums gebraucht sich zum Reichsminister, um ihm zu erklären, daß zur Bekämpfung der Beamtenforderungen die der Reichsbank zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Was mit den bisherigen Mitteln bei der Herstellung der Papiermarkbilanzen geleistet werden kann, wird getan. So hat die Zahl der mit dem Banknotendruck beschäftigten Privatdruckereien bereits die Höhe von 72 erreicht. Über 20 Papierfabriken sind mit der Herstellung der für die Banknotenerzeugung benötigten Papiermassen beschäftigt.

Der Reichsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angestellten zu Gute kommen muß. Mit dem Er scheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen sich verständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umstellen werden. Diese Umstellung wird mit einem Teil des Rohrs beginnen und entsprechend der Anzahl der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zu einer Rücksprache über die zur Umstellung erforderlichen Schritte hat der Reichsminister die Sparten der Gewerkschaften auf Montag, den 29. 10. 23 eingeladen.

### **Die Prägung von Rentenpfennigen.**

Mit der Prämierung von ein, zwei, fünf, zehn und fünfzig Rentenpfennigstücken ist begonnen worden. Der Druck der Rentenbanknoten, die durch Goldrentenpfennige völlig gedeckt sein müssen, schreitet rückwärts. Die Rentenmark wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das ge eignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Arbeiten für die Goldnotenbank werden mit größter Beschleunigung durchgeführt. In dieser Hinführung ist auf den unmittelbar bevorstehenden Erlass einer Verordnung zur Änderung des Bankgesetzes hingewiesen.

### **Zahlungsmittelknappheit in der Reichsbank.**

Infolge der letzten sorgfältigen Aufwärtbewegung des Dollars sind die Anforderungen an die Reichsbank als Geldverforschungsinstitut so ins Maßstab getreten, daß es der Bank nicht möglich ist, auch nur einen Bruchteil der Forderungen nach Papiergeld, die in die Trillionen gehen, zu befriedigen. Die Reichsbank ist seit heute Mitternacht von Tausenden von Menschen und Hunderten von Fahrwerken umlagert. Die Menschenmassen häufen sich bis hinunter zum Spittelmarkt. Der Verkehr in den an die Reichsbank angrenzenden Straßen ist lahmgelegt. Ein besonderes Schutzpolizeiaufgebot sorgt für Ruhe und Ordnung.

### **Gleich über Ausgabe und Gültigung von Notgeld.**

Das Reichskabinett nahm gestern eine Verordnung zur Änderung des Gesetzes über die Ausgabe und Gültigung von Notgeld an. Dieses Notgeld darf nur auf Verträge über

Teilbeträge der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reichs laufen. Das Notgeld muß von den Ausstellern spätestens am 15. November 1923 ausgetauscht werden. Zur Deckung des jeweils auslaufenden Notgeldes muß in Höhe des Restbetrages wertbeständige Anleihe des Deutschen Reichs bei einer Reichsbankstelle hinterlegt werden. — Am Anschluß an die Verordnung zur Regelung des wertbeständigen Notgeldes wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich für die Zwecke der Ausgabe wertbeständiges Notgeld empfiehlt, im Interesse der Verkehrssicherheit und Vereinfachung der Kontrolle das Notgeld für größere Bezüge oder ganze Be rufszweige auszugeben und von Anträgen letzterer Unternehmungen auf Genehmigung möglichst abzusehen.

### **Der Goldumrechnungssatz für Reichsteuern.**

Vom Landesfinanzamt wird mitgeteilt: Der Goldumrechnungssatz für Reichsteuern wird vom 23. Oktober ab täglich nachmittags nach dem Dollarstande des gleichen Tages unter Abhandlung festgestellt und gilt für den folgenden Tag. Der am Freitag nachmittag festgestellte Goldumrechnungssatz gilt für Sonnabend bis Montag einschließlich. Der Goldumrechnungssatz wird durch die Zeitungen bekanntgegeben und durch Kreistelegramm sämtlichen Postanstalten des Deutschen Reichs bis zu den Postagenturen mitgeteilt. Diese machen ihn durch Ausschlag bekannt. Wenn später die Steuer in Goldmark festgestellt werden (wie z. B. schon jetzt die Landabgabe), so liegt die Sache einfach. Der Goldmarksteuerbetrag wird nach dem am Zahlungstage geltenden Goldumrechnungssatz (1 Goldmark = 1,5 Millionen Papiermark) umgerechnet und gezahlt. Die meisten Steuern werden aber zur Zeit noch nach Papiermark berechnet. Nach der neuen Aufwertungsverordnung sind auch diese in Papiermark berechneten Steuern nach dem Goldwert zu zahlen. Wie in diesem Falle verfahren wird, ergibt sich aus Beispielen: Steuerpflichtige mit größerem Umsatz sind bekommt zu monatlichen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer verpflichtet. Hat jemand im Oktober 750 Millionen Umsatz, so muß er hierzu 2 Prozent, d. h. 15 Millionen allgemeine Umsatzsteuer zahlen. Diese 15 Millionen werden nach dem Goldumrechnungssatz, der am 31. Oktober gilt, in Gold umgerechnet. Wenn also z. B. am 31. Oktober ein Goldumrechnungssatz von 1500 Millionen gilt (d. h. 1 Goldmark = 1,5 Millionen Papiermark), so würde die Schulde 10 Goldmark betragen. Diese Schulde kann noch innerhalb einer Schonfrist zum ursprünglichen Papiermarkbetrag von 15 Millionen Mark getilgt werden, auch wenn in dieser Zeit der Goldumrechnungssatz steigt. Diese Schonfrist beträgt bei der Umsatzsteuer eine Woche, läuft also bis zum 7. November einschließlich. Bezahlt der Steuerpflichtige am 4. November, so kann er die Schulde noch mit 15 Millionen Papiermark begleichen, ebenso wenn er am 7. November bezahlt. Zahlt er jedoch erst am 8. November, so müssen die 10 Goldmark mit dem am 8. November geltenden Goldumrechnungssatz von 3 Millionen (1 Goldmark = 3 Millionen Papiermark) beglichen werden; so muß der Steuerpflichtige 9 Millionen bezahlen, um seine Schulden zu tilgen. Zahlt er erst am 17. November und beträgt der Goldumrechnungssatz hier 4%, so muß er an diesem Tage die Steuer innerhalb einer Woche nach Ablauf des Monats zu bezahlen. Sicher müchten die monatlichen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer bis zum 10. des nächstfolgenden Monats bezahlt werden. Diese Bestimmung behält insofern ihre Bedeutung, als bis zum 10. die Steuerbehörde keine Zwangsaufforderung vornehmen darf. Außerdem werden Goldzinsen erst von hier ab gerechnet. Goldzuschläge gibt es neben der Aufwertung überhaupt nicht.

Bei der Abführung der Lohnsteuer hat der Arbeitgeber schon nach der bisherigen Gießung die Steuer für den Zeitraum von 20. bis zum 31. Oktober, spätestens am 3. November abzuführen. Dieser ist nichts geändert. Wenn der Arbeitgeber die Steuer aber nicht innerhalb der Schonfrist von 5 Tagen (31. Oktober bis zum 5. November) abzahlt, sondern erst am 6. November, dann muß er aufgewertet zahlen. Bezieht die abzuführende Lohnsteuer am 31. Oktober 150 Millionen Mark und beträgt der Goldumrechnungssatz am 31. Oktober z. B. 1,5 Millionen (1 Goldmark = 1,5 Millionen Papiermark), so wird die Schulde in 100 Goldmark umgerechnet. Wird nun am 6. November gezahlt und gilt an diesem Tage ein Goldumrechnungssatz von

200 Millionen Papiermark zu zahlen. Wird am 17. November bei einem Goldumrechnungssatz von 4% Millionen gezahlt, so sind 450 Millionen zu zahlen. Da die Schulde schon nach dem bis dertigen Zeitpunkt festgestellt ist, so kann die Steuerbehörde vom 6. November ab Goldrechnungsmaßregeln erlassen und sind Goldzinsen von hier zu berechnen. Für die folgende Note des Goldabzugs, die den Zeitraum vom 1. bis 10. November umfaßt und bis zum 15. November abgeschlossen werden muss, gilt genau das gleiche. Bei verspäteter Zahlung wird der abzuführende Betrag nach dem Goldumrechnungssatz, der für den 10. November gilt, in Gold umgerechnet und danach zum Goldwert zu zahlen. — Was für die Abführung des Goldabzugs gilt, gilt in gleicher Weise auch für die Arbeitgeberabgabe.

**Rhein-Mosel-Nagel-Gebühr.** Voranschreibungen auf die Einsammelsteuer und auf die Gewerbeabgabe sind am Tage der Fälligkeit (oder Schonfrist) zu zahlen und werden bei verspäteter Zahlung nach dem Goldwert am Tage der Fälligkeit aufgewertet, dabei ist ihr Papiermarkbetrag nach dem Goldumrechnungssatz der am Fälligkeitstage gilt, in Goldmark umzurechnen. Dieser Goldbetrag ist in Papiermark nach dem Goldumrechnungssatz zu zahlen, der am Zahlungstage gilt.

## **Börsenwirtschaftliches.**

Die Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel beträgt am 27. 10. unverändert 16 Milliarden.

Die Schlüsselzahl für das Deutsche Buchdruckergewerbe beträgt 700 Millionen ab 27. Oktober.

Der Goldumrechnungssatz für Reichsteuern beträgt am 27. 10. 15 Milliarden.

**Spielkartensteuer.** Die Spielkartensteuer wird ab 29. 10. auf 8,0 Milliarden Mark je Spiel erhöht.

**Solzhauer.** Mit Wirkung vom 20. Oktober tritt unter Aufhebung der leichten Verordnung eine neue Erhöhung der Solzhauer ein und zwar beträgt die Steuer vom Talz für ein Kilo Reingewicht 41 Millionen.

**Amtliche Börsennotierungen auch Sonnabends.** Zum Bekanntmachung des Börsenvorstandes werden vom 27. Oktober an auch Sonnabends ausländische Zahlungsmittel an der Berliner Börse amtlich notiert. Dergemäß richtet sich für die Folge der Goldumrechnungssatz für die Reichsteuer für Sonntag und Montag einer jeden Woche nach dem Dollarstande am vorhergehenden Sonnabend. Der am Freitag festgestellte Umrechnungssatz gilt also nur für Sonnabend.

**Die landwirtschaftliche Betriebssteuer und Kleinbesitzsteuer.** Die auf Grund des Wehrbeitrages vorgenommene Veranlagung zur Landesabgabe hat in vielen Fällen zu einer drastischen Belastung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe geführt. Die Demokratische Reichstagsfraktion ist deshalb beim Reichsfinanzministerium vorherrschend geworden, um eine rasche Abstellung dieser Härtungen herbeizuführen. Sie fordert insbesondere, ausgehend von den Verhältnissen einer sogenannten Alternahrung (bäuerliche Familienwirtschaft), bei gleicher Qualität des Bodens eine gleichmäßige Belastung für Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Nach den bisher gültigen Richtlinien, die von den Finanzämtern der Gemeinden mit den Organisationen des Landbundes aufgestellt worden sind, findet eine verhältnismäßig härtere Belastung des Klein- und Mittelbesitzes statt.

**Die Börse am 26. Oktober.** Die anhaltende Stagnation im Zahlungsmarkt der Reichshauptstadt beeinflußt auch heute Vormittag noch das Geschäft in wertbeständigen Aktien und die Tendenz für Devisen, besonders hinsichtlich der leichteren Berichtigung der Kurzabschaltung. Die leichte Besserung des Marktturmes an der heutigen New Yorker Börse blieb ebenfalls nicht ohne Eindruck. Es wurde Goldanleihe unverändert mit 65 Milliarden gehandelt. Für den heutigen Effektenverkehr liegen zahlreiche Anforderungen des Publikums vor. Die Goldreserven fehlen sich jedoch in ihren Spekulationen durch die schwierigen Goldverhältnisse gehemmt.

**Man verlangt überall Nadeberger Biller!**

**Die Zeitungs-Anzeige**  
Übertrifft alle übrigen Zeitungsarten

**Metallbetten**  
Stahlmatratzen, Kinderbetten  
durch Priv. Rat. 49 Tief  
Eisenmöbelfabrik Stahl (Fürth).

**Ich kaufe alte Briefmarken**  
etwa 1.000 verschiedene Sammlungen  
u. alte Briefe mit Marken,  
Geb. großer Auswahl in  
Marken aller Länder und  
Lag. u. Briefmarken-Alben.  
Briefmarkenhaus Willy  
Georg Schulte, Dresden,  
Grunaerstr. 37, Tel. 15305.

**Alavierstimmer**  
kommt. Werte Nutz. a. das  
Wirthshaus Dob. Richter.

**Admiral Börsen.**  
Morgen große Ballmusik

**Frieda Gräf**  
**Kurt Böttcher**  
gelieben als Verlobte  
Niederau  
28. Oktober 1923

**Mariechen Kunath**  
**Arthur Dömmig**  
Verlobte  
Babra / Niederau  
28. 10. 1923

**Die heutige Nr. umfaßt**  
4 Seiten.  
Hierzu Nr. 43 des  
Gedächtnis an das Gold.

## **Amtliches.**

Nach heutiger Entscheidung durch die Kreishauptmannschaft Dresden und die Jahreszulage zur Grundmiete nach dem Goldmietengesetz für den Stadtbezirk Niesa (Stadtteil Gröba und Weida eingeschlossen) für die Zeit ab 1. November 1923 wie folgt festgesetzt worden:

für Betriebstosten als  
Berechnungsgeld 20019997  
für Verwaltungstosten 580000  
für lfd. Just. Arbeiten 96000000  
für große Just. Arbeiten 58280000  
Grundmiete selbst 1

Jährliche Miete überhaupt 174840000 Grundmieten  
monatlich 14570000

**Der Rat der Stadt Niesa, am 27. Oktober 1923.**

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Entmühlungssteuern beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu verwirklichten sind, beträgt für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 3. November 1923: **6000.**

Der Multiplikator für die Sachbezüge beträgt vom 1. November 1923 ab gegenüber den Sätzen der zweiten Septemberhälfte **6000.** Eine besondere Bewertung der Deputate nach dem Umlagepreis fällt weg. Der Bewertungsfaktor für die Wohnung für verheiratete und unverheiratete Deputatempfänger auf dem Lande bleibt unverändert.

Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle Millionen nach unten abgerunden.

Niesa, am 27. Oktober 1923. Das Finanzamt.

## **Beamten-Verein der Linde-Hofmann-Lauhammer U.-G. Niesa-Gröba.**

### **Hotel Stern, Niesa.**

Sonnabend, den 3. November 28, abends 8 Uhr

## **Bunfer Abend**

ausgeführt von den Herren Ludwig Ermold u. Hans Lange  
Kammerlänger der Dresdner Staatsoper  
und der Hüttenkapelle.

Leitung: W. Wehring, staatl. Musikdirektor.  
Kartenverkauf ab 1. 11. im Bürgerengeschäft  
Gedenmüller, Wettinerstraße.

## **Vereinsnachrichten**

**Gutsvermögensverein Niesa und Umgegend.** Montag, 29. 10., nach 1,5 Uhr Monatsversammlung  
beim Kollegen Paul Uhlig, Stadt Hamburg.  
Amphion. Von Montag ab finden die Singestunden  
in der Knabenstube statt.

**Das größte Treffen am Sonntag**  
**National : NSB.**  
Anfang 3 Uhr.  
Vorb. Spiel d. mitteld. Meisters  
Knabencl.

**Waldschlösschen Röderau.**  
Morgen Sonntag — Anfang 5 Uhr  
**feine Ballmusik**  
Kavalle Teubert.

**Gästehof Mehltheuer.**  
Sonntag  
28. Oktober  
Montag,  
29. Oktober  
ausgeführt von der ehemaligen Gardereiter-Kapelle  
in Dresden. — Anfang 7 Uhr.  
Es laden freundlich ein Hermann Bindler.

**Patentanwaltsbüro Sack.**  
Leipzig, Brühl 2.

**Benzin-Mineralöle.**  
Leistungsfähiges Importhaus sucht bei Groß-  
industrie gut eingeführte Vertreter.  
Gef. Angebote erbeten unter D H 655 a  
an das Tagesblatt Niesa.

**Gebrauchte Kristallspiegel sowie Schaufenster**  
und sonstige Kristallgläser, etwa 6/8 mm stark, in  
guterbaltem Zustand, bei sofortiger Raffo zu  
kaufen gesucht. Angebote unter D G 652 a an das  
Tagesblatt Niesa erbeten.

Herren, die sich mit dem Einlauf beschäftigen wollen  
u. möglichst Brandentzündliche bestehen, werden erachtet.

## **Glasversicherungsberein Niesa.**

**Wiederholterliche Mitgliederversammlung**  
Montag, 29. Oktober, abends 18 Uhr Elbterrasse.  
Tagesordnung: Sitzungsänderung.  
Kein Trinkgeld.

**Der Vorstand.**

**H A P A G**

**HAMBURG-AMERIKALINIE**  
UNITED AMERICAN LINES  
Nord-, Zentral- und Süd-

**AMERIKA**  
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und  
ausländische Häfen. — Horrifico  
III. Klasse mit Spül- und Rauchsal.  
Erstklassige Salons u. Kajüten.

Eine wöchentliche Abfahrt von  
**HAMBURG NACH NEW YORK**  
Ausflüsse und Bracken durch  
HAMBURG-AMERIKALINIE  
HAMBURG und dessen Verzweigungen.

**RIESA: PAUL STARKE**  
Hauptstraße 22, Ecke Albertplatz.

**Haushaltsgut**  
sucht G. Kaule, Forberge.  
Eine kleine, gewissenhafte

**Buchhalterin**  
für sol. gefüllt. Angeb. u.  
D K 655 an Tagesbl. Niesa.

**Suche für 1. oder 15. 11.**  
Stells. a.